



Armuts- und Reichtumsbericht: 'Umfairteilen statt vertuschen'

Armuts- und Reichtumsbericht: "Umfairteilen statt vertuschen"

Das Bündnis "Umfairteilen" hat heute vor dem Bundeskanzleramt gegen die "be-schönigenden Änderungen" am Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung demonstriert. Eine Person mit einer Maske von Vizekanzler Rösler (FDP) verätschte mit Farbeimer und Pinsel an großen Texttafeln zentrale Aussagen des Berichts. Da-gegen protestierten Bürgerinnen und Bürger mit Schildern und Sprechchören. Anlass für die Protestaktion war die Verabschiedung des Berichts im Bundeskabinett.
"Während sich die demokratiegefährdende Ungleichverteilung täglich verschärft, tut die Bundesregierung nicht nur nichts - sie organisiert auch noch ein monatelanges Possenspiel um den Armuts- und Reichtumsbericht", sagte Jutta Sundermann vom Koordinierungskreis des globalisierungskritischen Netzwerks Attac. "Das ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich begründete Sorgen um die sozialen, politischen und ökonomischen Folgen dieser Entwicklung machen."
"Nicht Halbwahrheiten und Beschönigung sind gefragt, sondern politisches Handeln. Es ist höchste Zeit, die Umverteilung von arm zu reich wieder umzukehren. Aus Gründen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft gleichermaßen", ist das Fazit Dieter Lehmkuhls, Mitinitiator der Initiative Vermögenger für eine Vermögens-abgabe.
"Da die Bundesregierung offensichtlich Nachhilfe braucht, gehen mit dem Bündnis 'Umfairteilen - Reichtum besteuern' auch in diesem Jahr Tausende auf die Straße. Wir fordern die Wiedereinführung einer dauerhaften Vermögensteuer, die Erhebung einer einmaligen, europaweit koordinierten Vermögensabgabe und eine wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung", sagte Annette Sawatzki, vom Kampagnen-netzwerk Campact.
Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis "Umfairteilen" gehören mehr als
20 zivil-gesellschaftliche Organisationen an: vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac und dem Kampagnennetzwerk Campact, Gewerkschaften wie Verdi, GEW und NGG, Sozialverbänden wie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Sozial-verband VdK über die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Migrant*innenverbände, Ju-gend- und Studierendenorganisationen bis hin zu den Naturfreunden Deutschlands und der Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe. Für den 13. April plant das Bündnis einen bundesweiten Aktionstag.

Fotos von der Aktion erhalten Sie auf Nachfrage (Verwendung frei bei nicht kommerzieller Nutzung und Nennung des Fotografen).
Mehr Informationen und Fotos zur Ansicht (in Kürze): www.umfairteilen.de

Pressekontakte:
Dieter Lehmkuhl, Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe, Tel. 0163-6801502
Annette Sawatzki, Campact e. V., Tel. 0177-7228149, sawatzki@campact.de
Jutta Sundermann, Attac, Tel. 0175-8666769, jutta.s@jpberlin.de

Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen ? wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.